in derselben „Neuen Zeit" propagiert werde. In der Frage unserer Stellung zur Propaganda des Friedens gebe es „nur ein Entweder — Oder: entweder Bethmann Hollweg oder — Liebknecht".

In einem Artikel „Wer zahlt die Kriegskosten?" kommt Johannes Kämpfer auf Grund von Untersuchungen über die voraussichtlichen Kriegskosten, ihre Wirkungen auf den Staatshaushalt und über die nächsten ökonomischen Wirkungen des Krieges zum Schlusse, die Arbeiterklasse werde den Krieg mit Abnahme ihrer Lebenskraft zu zahlen haben.

Paul Lange untersucht unter dem Titel „Sozialismus, wohin wir blicken!" die sozialpolitische Seite des Kriegszustandes und findet, für die Arbeiterschaft bestehe gar kein Anlaß, über „soziale Errungenschaften" zu jubilieren.

Käte Duncker spricht über „Unsere Frauen und der nationale Frauendienst". Hätte die Fraktion am 4. August die Kredite abgelehnt, dann hätte die Beteiligung der proletarischen Frauen an den bürgerlichen Hilfsaktionen zum Beweis gedient, daß wir zwar nimmermehr Wunden zu schlagen, wohl aber Wunden zu heilen bereit seien. Da aber die Fraktion die Kredite angenommen, sei für die klassenbewußten Genossinnen die Pflicht entstanden, den Trennungsstrich zwischen sich und der bürgerlichen Welt nicht auch noch verwischen zu helfen, sondern sich mit aller Energie in den Dienst unserer Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen. Die persönliche Mitarbeit zahlreicher Genossinnen bei der Kriegshilfe sei menschlich wohl zu begreifen. Die offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen sei dagegen nicht als richtig anzuerkennen.

Klara Zetkin bespricht die bisherigen Friedensbestrebungen, die von den sozialistischen Parteien der neutralen und der kriegführenden Länder sowie von einzelnen Gruppen oder führenden Persönlichkeiten der Parteien ausgegangen sind und fordert zur Friedensagitation auch in Deutschland auf.

Aufsätze von Ströbel und einem Anonymus berichten über den „Riß in der preußischen Landtagsfraktion" und „Die Zersetzung der Reichstagsfraktion". Thalheimer bespricht mehrere Broschüren aus der Reihe „Zwischen Krieg und Frieden". Mehring zeigt, daß sich die „Instanzenpolitik", d. h. „die Politik, die die Mehrheit einiger Parteiinstanzen (Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion) seit Beginn des Weltkrieges getrieben hat", sich nicht mit Recht auf Aussprüche oder Handlungen unserer „Altmeister" Marx, Engels und Lassalle berufen darf, insbesondere nicht auf den Artikel, den Engels 1892 im Almanach du Parti Ouvrier veröffentlichte, und aus dem heute oft herausgerissene Zitate in durchaus falschem Sinne verwendet werden.

Das Heft schließt mit anonymen sehr abfälligen Kritiken der jüngst erschienenen Broschüren von Kautsky und Cunow.

In eigener Sache.

In einer Erklärung „Zur Abwehr" der von Kautsky an seiner Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg" in Nr. 2 der „Neuen Zeit" geübten Kritik erzählt Genosse Lensch im „Hamburger Echo" vom 15. April:

„Als ich Ende Oktober bei der „Neuen Zeit" anfragte, ob man Raum und Lust habe, einige Artikel von mir über den Krieg anzunehmen, erhielt ich eine zusagende Antwort. Als ich den ersten Artikel jedoch einsandte, der das Verhältnis zu England betraf, wurde er abgelehnt mit der Begründung, der Aufnahme des Artikels selber stünden Bedenken nicht im Wege, allein bei den augenblicklichen Preß- und Zensurverhältnissen sei es der Redaktion unmöglich, gründlich genug gegen den Artikel zu polemisieren. So damals die Redaktion der „Neuen Zeit". Jetzt dagegen, wo es mir schließlich doch gelungen ist, einen Verleger zu finden und in Broschürengestalt die anfangs für die „Neue Zeit" berechneten Aufsätze zu veröffentlichen, da hat die Redaktion der „Neuen Zeit" plötzlich so viel Möglichkeit, gegen mich zu polemisieren, daß sie mich gleich zweimal totschlägt

Zuerst rückte Genosse Eckstein mit einem Artikel gegen mich an; da ich aber augenscheinlich noch nicht tot genug war, vollendete Genosse Kautsky in höchsteigener Person das schwere Werk. Man kann nicht sagen, daß durch dieses jetzige Verhalten der „Neuen Zeit" die Begründung, mit der sie im Herbst meinen Artikel ablehnte, irgendwie glaubwürdiger geworden sei. Es handelte sich eben damals um den glatten Versuch, mich mundtot zu machen. Diese Vorgänge muß man kennen, um die jetzige Haltung der „Neuen Zeit" mir gegenüber würdigen zu können."

Tatsächlich bot uns Lensch mit Postkarte vom 29. Oktober „einen Artikel über Partei und Krieg oder so ähnlich" an, indem er hinzufügte: „Selbstredend wäre der Artikel ohne jede Polemik." Auf unsere Einladung sandte er uns dann einen Artikel, in dem er den Nachweis zu führen suchte, daß es für die deutsche Volkswirtschaft und damit für das deutsche Proletariat eine Lebensnotwendigkeit sei, daß Englands Seeherrschaft mit Waffengewalt gebrochen werde.

Darauf antwortete ihm die Redaktion: „Ihr Artikel entwickelt ein Problem, das sicher der Diskussion dringend bedarf, und für dessen Ausfechtung die „Neue Zeit" der gegebene Boden wäre, wenn nicht der Kriegszustand bestände, der jedem Kritiker Ihrer Auffassung einen Maulkorb vorlegte. Heute können wir derartige strittige Fragen nur in intimeren Diskussionszirkeln mit ausreichender Freiheit erörtern."

Genosse Lensch kam nun selbst in die Redaktion. Bei dieser Unterredung gaben wir ihm zu bedenken (wir glaubten es damals noch mit demselben Mann und Politiker zu tun zu haben, der die „Leipziger Volkszeitung" durch viele Jahre in radikalstem Sinne geleitet hatte), daß aus seinen Ausführungen leicht jemand inner- oder außerhalb der Partei den Schluß ziehen könne, unsere bisherige Politik des Widerstandes gegen die Flottenrüstungen hätte im Widerspruch gestanden zu den Interessen der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Proletariats; er selbst würde aber dann durch die herrschenden Zensurverhältnisse verhindert sein, dieser Argumentation mit der nötigen Schärfe und Deutlichkeit entgegenzutreten. Genosse Lensch behauptete lediglich, es sei unsinnig, aus seinen Ausführungen diese Schlußfolgerungen zu ziehen. Wir beharrten aber auf der Ansicht, daß eine solche Gefahr bestehe und daß durch die Veröffentlichung seines Artikels eine Diskussion erzwungen würde, die wir während des Kriegszustandes nicht als förderlich für die Partei betrachten könnten und deshalb vermeiden wollten. Genosse Lensch hat dann den Artikel mit einigen anderen zusammen als Broschüre herausgegeben. Damals dachten wir allerdings, daß Lensch mit seinen Auffassungen, die allen bisherigen Anschauungen der Partei und ihrer Politik geradezu ins Gesicht schlagen, in der Partei ein Eingänger wäre und bleiben würde. Deshalb glaubten wir uns auch beim Erscheinen der Broschüre auf die Richtigstellung ihres schlimmsten ökonomischen Irrtums beschränken zu dürfen. Inzwischen hat uns allerdings das lebhafte Echo, das diese Broschüre in einem Teil der deutschen Parteipresse fand, gezeigt, wie notwendig es ist, heute Dinge wieder klarzustellen und zu beweisen, die wir bis zum Ausbruch dieses Krieges als hinreichend geklärt und durchaus feststehend betrachtet hatten.

Wenn jetzt Genosse Lensch es so hinstellt, als hätten wir durch unsere Entgegnungen auf seine Broschüre unsere Einwände gegen die Veröffentlichung seines Artikels selbst widerlegt, so zeigt das nur, wie vollkommen ihm und seinen jetzigen Freunden das Verständnis dafür abhanden gekommen ist, daß das, was heute öffentlich gesagt werden kann, noch lange nicht all das in sich schließt, was man im Interesse der Partei sagen müßte, aber infolge der Zensurverhältnisse nicht sagen darf. Und so waren auch wir gezwungen, in unseren Entgegnungen nur innerhalb enggezogener Grenzen gegen ihn zu polemisieren und auf manches schlagende Argument gegen seine Ausführungen zu verzichten. Die Redaktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.